

## Bundesweiter Workshop der Betriebsräte der Solarindustrie stellt sich gegen die Pläne der Bundesregierung!



### Überzogene Kürzung der Einspeisevergütung gefährdet Tausende Arbeitsplätze

18.02.2010

Betriebsräte aus 14 Unternehmen der Photovoltaikindustrie mit insgesamt 7.000 Beschäftigten aus dem gesamten Bundesgebiet haben auf einem Treffen der IG BCE am 17./18. Februar in Bitterfeld-Wolfen die aktuelle Situation und die Perspektiven der Branche diskutiert.

Die Betriebsräte und die IG BCE stellen fest:

Wir sind in großer Sorge, weil die aktuell geplanten zusätzlichen Kürzungen der Einspeisungsvergütung für Photovoltaik Tausende Arbeitsplätze in unseren Unternehmen und darüber hinaus in der gesamten Branche mit ca. 60 000 Beschäftigten in Deutschland gefährdet.

Wir halten die Pläne in der aktuellen Situation für verantwortungslos und standortgefährdend. Die Pläne lassen die aktuelle Situation völlig außer Acht und berücksichtigen nicht:

- Die weltweite Wirtschaftskrise und den zunehmenden Preisverfall der Produkte. Er führt zu zunehmenden schlechteren Ertragslagen der Unternehmen. Dies hat schon im Jahr 2009 in vielen Unternehmen zu Arbeitsplatzabbau geführt.
- Dass zunehmend Wettbewerber aus Asien auf den Markt für Photovoltaik drängen, die durch unzureichende Umwelt- und Sozialstandards und durch staatliche Unterstützungen sowie starre Wechselkurse Wettbewerbsvorteile haben.
- Dass die Unternehmen durch schlagartige und übermäßige Kürzungen nicht ausreichend Zeit haben, sich auf die veränderte Situation einzustellen. An einer strukturellen Unterfinanzierung würde eine Verschiebung von April auf Juli nichts ändern.

Die Pläne des Bundesumweltministers blenden auch die industriepolitische Bedeutung der Branche aus. Die zusätzlichen Kürzungen treffen nicht nur die Photovoltaikbranche selbst, sondern Vorleistungsproduzenten und Zulieferer, wie beispielsweise die Glas- und Kunststoffindustrie. Sie gefährden damit eine hochleistungsfähige industrielle Wertschöpfungskette und weitere Arbeitsplätze.

Jetzt 16% Kürzung und 2011 weitere Absenkungen über das gerade erst novellierte EEG hinaus gehen zu weit! Das würde die deutsche Photovoltaikindustrie mit fairen Arbeitsbedingungen, Tariflöhnen und Produkten hoher Qualität in den Ruin treiben. Die abgesenkte Förderung würde dann allenfalls ausreichen die Installation billiger chinesischer Anlagen zu unterstützen.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, die zusätzlichen Kürzungen der Einspeisevergütung für Solarstrom so vorzunehmen, dass Unternehmen und Beschäftigte in Deutschland weiter eine Zukunft haben.